

1 Einleitung

Die Kurden sind mit – je nach Schätzungen – über 40 Millionen Menschen eine der grössten Volksgruppen der Welt ohne eigenen Staat. Dementsprechend kämpfen diverse kurdische Gruppierungen seit mehreren Dekaden in der Türkei (über 20 Millionen Kurden), im Irak (über sieben Millionen), in Iran (über zehn Millionen) sowie in Syrien (über zwei Millionen) für ihre Selbstbestimmung. Seit Ende 1991 verwalten jedoch die kurdischen Fraktionen im Nordirak grosse Teile ihres Siedlungsgebietes und geniessen weitgehende Autonomie. Sie gründeten dort im Jahr 1992 die sogenannte Autonome Region Kurdistan (ARK). Das gilt auch für Syrien, wo die kurdischen Volks- und Frauenverteidigungseinheiten gemeinsam mit einer multiethnischen Truppe seit 2015 die Verfügungsmacht über eine grosse Fläche im Nordosten Syriens haben. Des Weiteren zeigt ein Blick auf die Entwicklungen in den Ländern, in denen die kurdischen Gesellschaften angesiedelt sind, dass die Kurdenfrage nicht nur viele bedeutsame Ereignisse in diesen Ländern direkt oder indirekt beeinflusst, sondern auch im Mittelpunkt der Debatte um den Nationalstaat steht. Jwaideh schrieb bereits in den 1960er Jahren, dass die Kurdenfrage zweifellos eine der schwierigsten und gefährlichsten Herausforderungen sei, mit denen sich der Nahe Osten gegenwärtig konfrontiert sehe (Jwaideh 2006, 294). Zu dieser Schlussfolgerung kam er, nachdem er die kurdisch-nationalistischen Bewegungen bis in die 1950er Jahre untersucht hatte. Tatsächlich wurden in der Türkei die ersten politischen und gesellschaftlichen Reformen direkt nach der Niederschlagung des Scheich-Said-Aufstands im Jahr 1925 durchgeführt (Strohmeier & Yalçın-Heckmann 2017).

Mit dem Vertrag von Saadabad (1937) erkannten die Türkei, der Irak und Iran infolge der zunehmenden kurdisch-nationalistischen Bewegungen in den drei Ländern gegenseitig ihre Grenzen an (ebd., 154). Im Irak hatte der moderne Staat Anfang der 1920er Jahre gar keine Gewalt über die heutige Provinz Sulaimaniya. Erst ab 1925 gelang es ihm mit Unterstützung der britischen Truppen, die Stadt Sulaimaniya einzunehmen. In Iran rief die kurdische Elite in der Stadt Mahabad im Jahr 1946 eine Republik aus, die ein Jahr lang Bestand hatte. Ab den 1960er Jahren standen die kurdischen Freiheitskämpfer im Irak im Mittelpunkt des West-Ost-Konfliktes, nachdem im Jahr 1958 das irakische Königreich gestürzt und eine sozialistische

Republik ausgerufen worden war. Dieses Ereignis setzte insbesondere die monarchischen Golfstaaten unter enormen Druck. So bat der damalige König von Saudi-Arabien, Faisal Bin Abdulaziz, am 27. Dezember 1966 den US-amerikanischen Präsidenten, Lyndon B. Johnson, um Unterstützung des kurdischen Aufstandes im Nordirak unter der Führung von Mullah Mustafa Barzani und um die Errichtung einer kurdischen autonomen Region, um dem panarabischen Nationalismus entgegenzuwirken. Die kurdischen Fraktionen genossen entsprechend nicht nur die Unterstützung Irans, der Grenzstreitigkeiten und ideologische Differenzen mit dem Irak hatte, sondern erhielten daraufhin auch US-amerikanischen Beistand. Auf diese Weise erlangten die kurdischen Peschmerga-Kämpfer im Jahr 1970 eine faktische Teilautonomie, die bis ins Jahr 1975 andauerte.

Teheran war allerdings verärgert darüber, dass sich die kurdischen Peschmerga-Einheiten unter der Führung Barzanis mit Bagdad einigten. Iran hatte Barzani bereits im Jahr 1969 mit Konsequenzen gedroht, sollte er die Waffen niederlegen und eine Einigung mit Bagdad erzielen. Zuvor hatte Saddam Hussein, der damalige Vizepräsident des Irak, Konzessionen gegenüber Iran in Aussicht gestellt und die Beendigung des kurdischen Widerstandes angedroht, wenn die Kurden ein Jahr lang kämpfen würden. Hussein ging damals davon aus, dass der kurdische Aufstand nach der Wiederaufnahme der kriegesischen Auseinandersetzungen innerhalb von zwölf Monaten zusammenbrechen würde. Da allerdings die Kämpfe zwischen den Truppen der irakischen Regierung und den kurdischen Peschmerga-Einheiten von 1974 bis 1975 andauerten, machte Bagdad mit den Drohungen Ernst und entschied sich dazu, mit Teheran eine Lösung zu finden, die beiden Seiten Vorteile bringen würde. So kam es mit dem Abkommen von Algier, das am 6. März 1975 zwischen Saddam Hussein – der zu dieser Zeit noch irakischer Vizepräsident war – und dem iranischen Schah Mohammed Reza Pahlavi abgeschlossen wurde, zur vorläufigen Beilegung der Streitigkeiten zwischen den beiden Ländern und zum Ende der kurdischen Teilautonomie, verloren doch so die kurdischen Peschmerga-Einheiten um Barzani unter anderem die Unterstützung Irans und der USA. Als Saddam Hussein jedoch nach der iranischen Revolution vor allem das Abkommen von Algier für nichtig erklärte, begann am 22. September 1980 der Erste Golfkrieg mit einem Angriff der irakischen Streitkräfte auf Iran.

In jüngster Vergangenheit sind im Zusammenhang mit der Kurdenfrage im Irak das Ende der über acht Dekaden andauernden sunnitisch-arabischen Herrschaft über den Irak im Jahr 2003 sowie der Aufstieg des

sogenannten Islamischen Staates (IS) und die Ausrufung des Kalifates im Sommer 2014 in der irakischen Stadt Mossul zu erwähnen. So spielten die kurdischen Parteien nicht nur bei der Unterstützung der Amerikaner im Irak, sondern auch beim Neuaufbau des Landes eine wesentliche Rolle: «Die Kurden und die kurdischen Kräfte waren ein wichtiger Teil der Opposition gegen das irakische Regime und ein Unterstützer der internationalen Koalition beim Sturz des Saddam-Regimes und beim Aufbau einer neuen Verwaltung im Irak am 7. April 2003. So waren fünf kurdische Anführer (ich [= Salahadin Bahadin], Mam Jalal, Kak Masud², Dr. Mahmud Othman und Richter Dara Nur al-Din) ein Teil des irakischen Regierungsrates nach dem Sturz des Regimes und haben zentral dazu beigetragen, dass die irakische Verfassung im Jahr 2005 entstanden ist.» So äussert sich Salahadin Bahadin, Chef der Islamischen Union Kurdistan (IUK) (siehe Anhang 5). Später, ab dem Jahr 2012, setzte die kurdische Verwaltung in Erbil jedoch aufgrund verschiedener Konflikte die Zentralregierung in Bagdad zunehmend unter Druck und war nicht bereit, mit ihr zu kooperieren. Das gilt auch für die irakische Regierung, die kein Vertrauen mehr in die kurdischen Kräfte hatte. So eskalierte der Budgetstreit zwischen der ARK und der irakischen Regierung unter dem Regierungschef Nuri al-Maliki Ende 2013 derart, dass die ARK ihren Anteil am irakischen Budget, der bei 17 Prozent des gesamten Staatshaushaltes lag, nicht mehr erhielt. Daraufhin drohte der damalige Präsident der ARK, Masud Barzani, mit Konsequenzen. In einem Interview mit dem Nachrichtensender CNN vom 23. Juni 2014 betonte Barzani, dass die Kurden den Untergang des Irak nicht zu verantworten hätten und sie nicht zur «Geisel der Ungewissheit» gemacht werden dürften. Es sei an der Zeit, das kurdische Volk selbst über seine Zukunft entscheiden zu lassen, so Barzani (CNN 2014).

Im Allgemeinen fand die Kurdenfrage im Laufe des 20. und zu Beginn des 21. Jahrhunderts nie eine solch grosse Aufmerksamkeit wie während der Jahre 2014 bis 2017. Im Kampf gegen den IS wurden die kurdischen Peschmerga-Kämpfer im Nordirak und die kurdischen Kräfte in Nordsyrien seitens der Anti-IS-Koalition mit Geld und Waffen unterstützt. Selbst die türkische Regierung in Ankara liess Ende Oktober 2014 zu, dass die kurdischen Peschmerga-Einheiten aus dem Irak über die Türkei in die Stadt Kobane in Nordsyrien gelangten, um die Stadt gemeinsam mit den kurdi-

2 Mit «Mam Jalal» ist Jalal Talabani, mit «Kak Masud» Masud Barzani gemeint. Diese beiden Anführer der beiden grossen kurdischen Parteien werden bei den meisten Kurden so genannt. «Mam» heisst «Onkel», «Kak» bedeutet «grosser Bruder».

schen Volks- und Frauenverteidigungseinheiten (YPG und YPJ) gegen den IS verteidigen zu können. Offizielle Treffen auf höchster Ebene zwischen kurdischen Machthabern aus dem Irak und türkischen Vertretern waren an der Tagesordnung. Entsprechend den Entwicklungen sah sich insbesondere Masud Barzani stark genug, um am 25. September 2017 ein Referendum über die Unabhängigkeit der ARK abhalten zu lassen. Schon im Sommer 2017 hatte er verlauten lassen, dass das irakische Kurdistan reif für die Unabhängigkeit sei. Tatsächlich wurde das Plebiszit von der kurdischen Bevölkerung mit über 92 Prozent der Stimmen gutgeheissen.

In der Folge bildete sich eine Allianz zwischen der Türkei, Iran sowie dem Irak heraus, um die territorialen Ansprüche der Kurden in der ARK zurückzudrängen. Im Oktober 2017 verloren die kurdischen Einheiten im Irak – unter anderem wegen innerkurdischer Streitigkeiten – die zwischen der irakischen Regierung und der kurdischen Regionalregierung «umstrittenen Gebiete» und damit etwa 40 Prozent ihres Territoriums (Hennerbichler 2018a, 175). Auch in Syrien gerieten die Kurden unter Druck. Eine Militärintervention der Türkei gemeinsam mit den syrischen Rebellen der sogenannten Freien Syrischen Armee (FSA) machte aus drei Kantonen³ in Nordsyrien zwei, und die Syrian Democratic Forces (SDF), ein Militärbündnis der Kurden mit anderen Volksgruppen, verloren die Afrin-Region. Es ist jedoch zu erwähnen, dass die kurdischen Gruppierungen im Irak und in Syrien trotz der Gebietsverluste im Oktober 2017, März 2018 und Oktober 2019 noch nie in der Geschichte des 20. und 21. Jahrhunderts so viele Gebiete unter ihrer Kontrolle hielten, wie sie es seit dem Aufstieg des IS im Jahre 2014 tun. Zu mehr als einer blossen Kontrolle über Teile eines Staatsgebiets scheint es jedoch für die kurdischen Eliten im Irak und in Syrien bis anhin nicht gereicht zu haben.

1.1 Fragestellung und Relevanz der Thematik

Nach dem Sturz des Saddam-Regimes im Jahr 2003 begann eine neue Ära im Irak. Insbesondere die schiitischen Exilpolitiker und die kurdischen Führungsriege der Demokratischen Partei Kurdistan (DPK) und der Patriotischen Union Kurdistan (PUK) sollten, so die Absicht der US-amerika-

3 Mit «Mam Jalal» ist Jalal Talabani, mit «Kak Masud» Masud Barzani gemeint. Diese beiden Anführer der beiden grossen kurdischen Parteien werden bei den meisten Kurden so genannt. «Mam» heisst Onkel, «Kak» grosser Bruder.

nischen Regierung, mit deren Unterstützung im Irak einen demokratischen und stabilen Staat aufbauen, der als Modell für den gesamten Nahen und Mittleren Osten dienen würde. Die irakische Demokratie sollte vom Konsens bestimmt sein, dass es Platz für alle ethnischen und religiösen Gruppen und Minderheiten gibt. Das Ziel war also eine Konsensdemokratie. Gleichzeitig sollte der Prozess des Nation-Building, der im Irak im Laufe der vorangegangenen acht Dekaden einer sunnitisch-arabischen Vorherrschaft kaum Fortschritte erzielt hatte, in Gang gesetzt werden. Alle Bürgerinnen und Bürger sollten sich im neuen Irak wohlfühlen und sich mit dem neuerschaffenen Staat identifizieren können. Eine Willensnation nach Schweizer Vorbild sollte entstehen. Der Neubeginn im Irak fand jedoch unter allgemeiner Verweigerung einer Teilnahme der sunnitischen Araber statt – die Beteiligung wurde den Sunniten nicht nur verwehrt, sondern sie lehnten es auch ihrerseits ab, Teil des Prozesses zu werden.

Ein Blick auf die Zeit zwischen 2003 und 2018 soll zeigen, wie der Prozess des Nation-Building und der Konsensdemokratie im Irak und in der ARK verlief. Dass der neue irakische Staat mit grossen Herausforderungen konfrontiert war, verdeutlichen unter anderem die Ereignisse der Jahre 2014 und 2017. Denn seine weitere Existenz wurde nicht nur im Jahr 2014 mit dem Aufstieg der Schreckensherrschaft des jungen 21. Jahrhunderts, des IS, sondern auch durch das Referendum über die Unabhängigkeit der ARK vom Irak im Jahr 2017 infrage gestellt. Doch während sich die sunnitischen Araber von Beginn an als Verlierer des irakischen Neuaufbaus sahen und den politischen Prozess weitgehend boykottierten, waren es Teile der kurdischen politischen Elite und schiitische Fraktionen, die den Irak neu gestalten wollten. Entsprechend stellen sich folgende Fragen: Wie kam es, dass sich die meisten grossen ethnischen und religiösen bzw. konfessionellen Gruppierungen im Irak im Laufe der Zeit miteinander verfeindet haben? Gibt es eine Hoffnung für den Staat Irak? Wurden zumindest in der ARK die ersten Komponenten des Nation-Building-Prozesses erfolgreich abgeschlossen, um womöglich einen souveränen Staat im irakischen Kurdistan aufbauen zu können?

Um diese Fragen beantworten zu können, bedarf es einer genauen Analyse der kurdischen Selbstverwaltung in der ARK und des politischen Prozesses im Irak in Bezug auf die Kurdenfrage. Eine isolierte Betrachtung der kurdischen Frage, ohne gleichzeitig ein Augenmerk auf die politischen Entwicklungen im Irak zu legen, wäre ein lückenhafter Ansatz. Zudem soll die Geschichte der Kurdenfrage im Irak zwischen 1920 und 2003 beleuchtet werden, um die Dynamiken und die Komplexität dieser Proble-

matik besser verstehen zu können. Zu erwähnen ist, dass die kurdische Elite es bevorzugt, von der ‹Kurdistan-Frage› zu sprechen, da das irakische Kurdistan nicht nur die Heimat kurdischer Gesellschaften und Gruppen, sondern auch anderer religiöser und ethnischer Minderheiten ist. Mit der Kurdenfrage ist in dieser Arbeit die Frage gemeint, welche Lösung und mögliche politische Ordnung für die nördliche und mehrheitlich von kurdischen Bevölkerungsgruppen bewohnte Region des Irak gefunden werden kann. Werden des Weiteren die kurdischen Gruppierungen und Gesellschaften im vorliegenden Forschungsprojekt als ‹Kurden› bezeichnet, heisst das nicht, dass der Verfasser dieser Arbeit davon ausgeht, diese ‹Kurden› seien eine homogene Gruppe. Vielmehr dient die Begriffsverwendung einer Vereinfachung der Terminologie. Erwähnenswert ist allerdings, dass sich die kurdischen Volksgruppen in sprachlicher, kultureller, religiöser und traditioneller Hinsicht von anderen Völkern des Nahen Ostens unterscheiden und sich in erster Linie als Kurden bzw. Kurmandschen, wie es in der Türkei der Fall ist, bezeichnen. Die Kurden eint zudem das gemeinsame Schicksal, keinen eigenen Staat zu haben. Umso interessanter ist es zu erörtern, ob die kurdischen Fraktionen im Irak es geschafft haben, aus den losen Verbindungen zwischen verschiedenen kurdischen Gesellschaften eine Nation zu bilden.

Das vorliegende Forschungsprojekt geht konkret den folgenden Fragen nach:

1. Wie ist der Nation-Building-Prozess in der Autonomen Region Kurdistan zwischen 2003 und 2018 zu beurteilen?
2. Wie hat sich die Kurdenfrage im Irak zwischen 2003 und 2018 entwickelt?
3. Stellt die Konsensdemokratie eine mögliche Lösung für die Kurdenfrage im Irak dar?

Diese Fragestellungen haben nicht nur Relevanz für den Irak, sondern auch für andere Staaten in der Region. Denn kurdische Volksgruppen sind, wie oben erwähnt, nicht nur im Irak, sondern auch in der Türkei, in Iran und in Syrien sesshaft. Das Ziel dieser Dissertation besteht demnach darin, der Kurdenfrage im Kontext der Erforschung politischer Konflikte nachzugehen und somit einen Beitrag sowohl zur kurdologischen als auch zur Konfliktforschung zu leisten. Der Schwerpunkt der vorliegenden Forschungsarbeit liegt auf dem Nation-Building-Prozess in der Autonomen Region Kurdistan im Nordirak, auf der Entwicklung der Kurdenfrage im Irak zwischen 2003 und 2018 sowie auf der Konsensdemokratietheorie als

möglichem Lösungsansatz für den Irak. Auf diese Weise soll auch ein Beitrag zur Demokratie- und komparativen Politikforschung geleistet werden. Hervorzuheben ist, dass es bis anhin keine wissenschaftliche Studie gibt, weder im angelsächsischen noch im deutschsprachigen Raum, die sich in einem solch grossen Zeitfenster mit der Entwicklung der Kurdenfrage in der ARK und im Irak auseinandergesetzt hätte. Weiter wurden für die vorliegende Forschungsarbeit nicht nur Interviews mit kurdischen politischen Persönlichkeiten aus unterschiedlichen politischen Lagern geführt (siehe Anhang 2), sondern auch die Zeitungen der verschiedenen kurdischen Parteien und unabhängigen privaten Mediennetzwerke und Institutionen genauer ausgewertet, um ein möglichst vollständiges Bild über die Entwicklungen in der ARK und im Irak gewinnen zu können. Weitere Quellen, wie die irakische Verfassung und Gesetzgebung sowie Publikationen in kurdischer, arabischer, persischer, englischer, deutscher und französischer Sprache, geben der vorliegenden Untersuchung das Fundament.

1.2 Forschungsstand

In der Literatur gibt es eine Vielzahl von wissenschaftlichen Arbeiten und Artikeln, die sich mit der Kurdenfrage beschäftigt haben. Insbesondere im angelsächsischen Raum erschienen diesbezüglich zahlreiche Bücher, Zeitschriftenartikel und Beiträge. Auch in der deutschsprachigen Literatur wurde der Kurdenthematik eine gewisse Aufmerksamkeit geschenkt. Dies gilt insbesondere für die kurdisch-nationalistischen Bewegungen in den einzelnen Ländern, in denen kurdische Volksgruppen angesiedelt sind. Für den Irak geht die Literatur mehrheitlich davon aus, dass folgende Elemente das Land geformt haben und einen Einfluss auf die gegenwärtige Politik des irakischen Staates ausüben: das politische Erbe und die einstigen politischen Handlungen der früheren Regime, die internationalen Akteure, die geopolitische Lage des Landes und die sozioökonomischen Faktoren. Für die Kurdenfrage scheinen laut der bisherigen Forschung vor allem der innerkurdische Konflikt, die geopolitische Lage des irakischen Kurdistan, die internationalen Akteure und die sozioökonomischen Gegebenheiten die besondere Relevanz dieser Frage auszumachen.

Die erwähnten Merkmale haben zwar ihre Berechtigung, erklären allerdings die irakische Neuordnung und die kurdische Selbstverwaltung in der ARK ab 2003 nur bedingt. Denn der Irak gestaltete die früheren Strukturen um, brachte die Schiiten und die Kurden als neue Machthaber hervor und

ermöglichte sowohl die kurdisch-arabische als auch die schiitisch-sunnitische, die kurdisch-schiitische und die kurdisch-sunnitische Zusammenarbeit. So konnte auch der Demokratisierungsprozess trotz Mängeln vorangetrieben werden. Ferner boten die neuen Gegebenheiten den verschiedenen irakischen Bevölkerungsteilen die Gelegenheit, sich zu organisieren und Gruppierungen sowie Verbände aufzubauen. Einzig der Einfluss der internationalen und regionalen Kräfte blieb im Laufe der Zeit mit Einschränkungen bestehen. Für die ARK gilt, dass die DPK und die PUK es trotz ihrer jahrelangen Streitigkeiten geschafft haben, gemeinsam ab 2003 ihren Einfluss im Irak auszuüben und den Status der Kurden voranzubringen. Auch mit den Nachbarstaaten konnten die beiden Parteien je nach Interessenlage gute Beziehungen aufbauen. Im Übrigen begann bereits im Jahr 1992 die kurdische Regentschaft ohne eine militärische Präsenz der internationalen Mächte im Nordirak.

Im Folgenden setzt sich die vorliegende Arbeit chronologisch mit jenen wissenschaftlichen Studien auseinander, die die irakische Neuordnung in Bezug auf die Kurdenfrage und die Entwicklungen in der ARK ab 2003 betrachten. Auf eine kritische und ausführliche Analyse der meisten dieser Beiträge wird verzichtet, weil sie sich mit anderen Aspekten als Nationenbildung und Konsensdemokratie beschäftigen. Zudem werden im nächsten Abschnitt Teile jener Untersuchungen näher beschrieben, die spezifisch die für die vorliegende Forschung relevanten Konzepte berücksichtigen. Entsprechend wollen die hier erfolgenden Darlegungen einen allgemeinen Überblick über die Kurdenfrage im Irak und in der ARK ab 2003 geben. Ferner wird am Ende dieses Abschnittes kurz auf einige Arbeiten eingegangen, die sich mit dem Irak im Allgemeinen auseinandersetzen. Des Weiteren werden die Werke eines Autors oder einer Autorin zwecks Übersichtlichkeit nacheinander erwähnt, auch wenn die Erscheinungsjahre nicht chronologisch aufeinanderfolgen.

A. Bakawan, der selbst Kurde ist und sowohl in Frankreich als auch in der ARK lehrt, veröffentlichte im Jahr 2019 ein Buch unter dem Titel «L'impossible État irakien». Wie der Titel des Buchs verrät, ist Bakawan der Ansicht, dass der Irak ein unmöglicher Staat sei – unter anderem deshalb, weil es keine irakische Nation gebe (Bakawan 2019, 178). Zudem kritisiert er die Politik einiger westlicher Länder, die eine starke ARK in einem einheitlichen Irak wollen (ebd., 176). Für ihn ist der Irak ein Kandidat für eine Sezession. Jedoch gelingt es Bakawan nicht zu zeigen, ob eine Teilung des Irak auch eine Lösung für die Kurdenfrage sowohl im Irak als auch in der ARK darstellen würde. Denn die ARK ist mit vielen Problemen kon-

frontiert, die teilweise auch von Bakawan angesprochen werden. Bakawan hat zahlreiche weitere Artikel über den Irak und die Kurdenfrage verfasst, in denen er die in seiner Monografie getätigten Aussagen zum Teil bereits vorwegnimmt (Bakawan 2014, 2017a, 2017b, 2018).

Anaid und Tugdar (2019) betrachten gemeinsam mit den Beiträgen weiterer Wissenschaftler die Staatsgründungsbemühungen der ARK aus einer wirtschaftspolitischen Perspektive und kommen zu dem Schluss, dass die Staatsgründung in der ARK unter dem Einfluss institutioneller, sektoraler und externer Faktoren steht (ebd., 159). Da der Fokus der Studie auf den wirtschaftlichen Einflussgrößen liegt, vernachlässigt sie die parteipolitischen Konstellationen und Nationenbildungsansätze. Dies gilt auch für die Beziehung der ARK zum Irak und die irakische Neuordnung. M. M. Gunter, der seit mehreren Dekaden Bücher und Artikel über die Entwicklung der Kurdenfrage im Nahen Osten herausgibt, schrieb auch in den letzten Jahren vermehrt über die Kurden im Irak (Gunter 2015, 2016, 2018, 2019). Im Jahr 2019 hat er als Herausgeber des Sammelbandes «Routledge Handbook on the Kurds» einen nützlichen Überblick über alle Facetten der Kurdenfrage im Nahen Osten veröffentlicht. In Bezug auf die ARK geht der Sammelband der Frage der «umstrittenen Gebiete», der Korruption und der Vetternwirtschaft nach (Gunter 2019, 5 ff.).

Die Entwicklung der Kurdenfrage im Irak, in Syrien und in der Türkei sowie in Iran untersuchte Gunes (2019) in seinem Buch «The Kurds in a New Middle East. The Changing Geopolitics of a Regional Conflict». Im Hinblick auf den Irak schlussfolgert er, dass ein innerkurdischer Konflikt die Konsolidierung der ARK verhinderte, obwohl die Kurden nach dem Sturz des Saddam-Regimes viele ihrer Rechte in der irakischen Verfassung durchsetzen konnten (ebd., 33 ff.). Zudem führte die Politik der wirtschaftlichen Autonomie zu einer Abhängigkeit von der Türkei, so Gunes (ebd.). Das Buch präsentiert in Bezug auf die Kurdenfrage eine kurze Übersicht über die wichtigsten Ereignisse seit den 1960er Jahren (ebd., 21 ff.). Bessent et al. (2019) von der «International Crisis Group» kommen bezüglich der Kurdenfrage im Irak zu dem Ergebnis, dass die Zukunft der ARK in hohem Masse vom Ausgang der Rivalitäten innerhalb der innerkurdischen Elite abhängt (ebd., 18).

Alex Danilovich gab unter anderem 2019 und 2017 zwei Sammelbände über die ARK, den Föderalismus und die politischen Entwicklungen im Irak sowie im Nahen Osten heraus. Die Befunde der Forscher deuten darauf hin, dass der irakische Föderalismus im Allgemeinen die separatistischen Tendenzen eher fördert, anstatt sie zu verhindern (Danilovich 2019, 8). Zu-

dem scheinen die kurdisch-nationalistischen Bewegungen und Unabhängigkeitsbestrebungen im internationalen Vergleich aufgrund der geopolitischen Gegebenheiten anders zu verlaufen als in anderen Ländern und Regionen (ebd., 8). Des Weiteren stellt für die Autoren unter anderem das Fehlen einer «internen Souveränität», die auf der Anerkennung eines einzigen Gesetzgebers in der ARK basiert, ein Hindernis für die Unabhängigkeit vom Irak dar (ebd.). Im Sammelband «Iraqi Kurdistan in Middle Eastern Politics» von 2017 wird ähnlichen Fragen nachgegangen – mit dem Unterschied allerdings, dass hier die Lage der ARK im Kontext der nahöstlichen Umwälzungen und des Aufstieges des IS betrachtet wird (Danilovich 2017, 1–2).

Ofra Bengio argumentiert in ihrem Artikel über die Konzeptualisierung des kurdisch-nationalistischen Projektes, dass es im Irak von Beginn an eine kurdisch-nationalistische und eine irakisch-nationalistische Bewegung gab, die gegeneinander gerichtet waren und nebeneinander nicht koexistieren konnten. Die Schwäche einer der beiden ging immer mit dem Aufstieg der anderen einher (Bengio 2018, 559). In ihrer Publikation aus dem Jahr 2017 vertritt Bengio die Ansicht, dass die weitreichenden Entwicklungen in «Gross-Kurdistan»⁴ auf eine tektonische geopolitische Verschiebung hindeuten würden, die in Gang gekommen sei und deren Folgen den Nahen Osten und die internationale Arena für die nächsten Jahre prägen würden (Bengio 2017, 44). Als mögliche Gründe für diesen Paradigmenwechsel nennt sie den Krieg gegen den Irak im Jahr 2003, den sogenannten Arabischen Frühling, den Aufstieg des IS im Sommer 2014, die sich vertiefende Kluft zwischen der sunnitischen und der schiitischen Welt sowie die Rückkehr Russlands in die Region und damit den kalten Krieg zwischen den USA und Russland um regionalen Einfluss (ebd.). Als Herausgeberin des Sammelbandes «Kurdish Awakening: Nation Building in a Fragmented Homeland» (2014) geht Bengio der Entwicklung der Kurdenfrage im Irak, in Syrien, in der Türkei und in Iran nach. Die Kurdenfrage im Kontext des irakischen Neubeginns und in der ARK untersucht sie hier allerdings nicht näher.

Tugdar und Al (2018) führen in dem von ihnen herausgegebenen Sammelband «Comparative Kurdish Politics in the Middle East. Actors, Ideas, and Interests» Untersuchungen zur Entwicklung der Kurdenfrage im Nahen Osten zusammen. Dabei kommen sie zu der Schlussfolgerung, dass sowohl die politisch-ökonomischen als auch die soziologischen Aspekte berücksichtigt

4 Damit sind die vier kurdischen Siedlungsgebiete im Irak, in der Türkei, in Iran und in Syrien gemeint.

werden müssen, um sich der Kurdenfrage im Irak, in Syrien, in der Türkei sowie in Iran annähern zu können (ebd., 231). Zudem sind sie der Meinung, dass die Kurden weder ideologisch noch in Bezug auf ihre Ziele eine homogene Gruppe sind und je nach Siedlungsgebiet anders agieren (ebd.). Černý (2018) schreibt über die ARK, die PKK und die internationalen Beziehungen und kommt zu dem Ergebnis, dass weder Instrumentalismus noch Ethnizität als unabhängige Variablen das Handeln und die Vorgehensweise der kurdischen ethno-nationalistischen Parteien DPK, PUK und PKK erklären können (ebd., 273). Der Autor konzentriert sich dabei auf die Theorien der internationalen Beziehungen als Erklärungsansatz für ethnische Probleme. Hervorzuheben ist, dass Černý den innerkurdischen Konflikt zwischen den erwähnten Parteien plausibel darstellt (ebd., 153 ff.). Meyen und Schamberger (2018) berichten in ihrem Buch *«Die Kurden. Ein Volk zwischen Unterdrückung und Rebellion»* emotional über das Leiden des in ihren Worten grössten Volkes der Welt ohne eigenen Staat. Das Buch konzentriert sich, ähnlich wie Strohmeiers und Yalçın-Heckmanns (2017) *«Die Kurden. Geschichte, Politik, Kultur»*, eher auf die historischen Entwicklungen der Kurdenfrage im Irak, in der Türkei, in Syrien und in Iran.

Rafaat (2018) geht den Entwicklungen im irakischen Kurdistan nach und argumentiert, dass sowohl die ARK als auch der Irak Quasi-Staaten seien (ebd., xvi). Ersterer sei international nicht anerkannt, während Letzterer die Anerkennung der Weltgemeinschaft genieße (ebd.). Um die Unterschiede zwischen anerkanntem und nicht anerkanntem Quasi-Staat aufzuzeigen, stützt sich das Buch auf verschiedene Theorien der Staatlichkeit (ebd.). Rafaats Ziel scheint darin zu liegen, anhand des Quasi-Staat-Konzeptes nicht nur die kurdisch-irakische Problematik besser veranschaulichen zu können, sondern auch einen Ansatz zum Verständnis interner Konflikte in den verschiedenen Staaten der Welt zu entwickeln (ebd., xviii). Im Jahr 2007 hat er bereits in einem anderen wissenschaftlichen Beitrag die kurdischen Unabhängigkeitsbestrebungen näher betrachtet (Rafaat 2007).

Eine Studie der Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP), die im Juli 2018 von Günter Seufert herausgegeben wurde, geht der Lage der Kurden im Irak und in Syrien nach dem Zerfall des IS nach. Dabei kommt sie zu dem Ergebnis, dass die Kapazitäten kurdischer Politik zur Lösung aktueller und struktureller Probleme ein insgesamt ernüchterndes Bild vermitteln (Seufert 2018, 79). Zudem resümiert die Studie, dass die Politik der westlichen Länder nicht zur Verminderung der Spannungen unter den Kurden und auch nicht jener zwischen ihnen und den Staaten, in denen sie leben, beigetragen habe (ebd.).

Hennerbichler (2018a, 2018b) *wiederum bietet den Lesern in zwei wissenschaftlichen Artikeln unter dem gleichen Titel*, «Future Options of the Kurds», eine hilfreiche Übersicht über die Kurden thematik im Nahen Osten und ihre historischen Hintergründe. Für die Kurden im Irak sieht er in der vagen Formulierung der irakischen Verfassung in Bezug auf die Grenzen Kurdistans und die «umstrittenen Gebiete» das Hauptproblem zwischen Bagdad und Erbil (Hennerbichler 2018b, 262). Des Weiteren sagt er der ARK trotz Gebietsverlusten infolge des Referendums vom 25. September 2017 (Hennerbichler 2018a, 176), Korruption, Vetternwirtschaft und Misswirtschaft eine positive Zukunft voraus (ebd., 223). Dies begründet er damit, dass die ARK einerseits eine der stabilsten Regionen im Nahen Osten und Eurasien sei und andererseits ihre reformorientierte Jugend seit Jahren für eine echte Demokratisierung kämpfe (ebd.). Hiltermann (2017a, 2017b) sowie Hiltermann und Fantappie (2018) gehen ähnlichen Fragen nach wie Hennerbichler. Haidar und McGinn (2018) erörtern, welche Zukunft die ARK nach dem Referendum von 2017 wohl haben wird. Dabei versuchen die Autoren, mögliche Szenarien für die ARK in ihren internationalen Beziehungen, in ihrem Verhältnis zum Irak und zu den Nachbarländern sowie im wirtschaftlichen, politischen und zivilen Bereich zu entwickeln.

Der von Stansfield und Shareef (2017) herausgegebene Band «The Kurdish Question Revisited», der über 700 Seiten umfasst, gewährt den Lesern einen vielfältigen Einblick in die Kurdenfrage im Irak, in der Türkei, in Syrien und in Iran. Die Autoren der in dem Band versammelten Beiträge behandeln viele Bereiche der Kurdenfrage, unter anderem auch den Aspekt, dass die Kurden im Jahr 2017 im Irak offen über die Unabhängigkeit sprechen konnten – eine Öffnung, die aus Sicht der Autoren zehn Jahre zuvor nicht möglich gewesen wäre (ebd., xxi). Auch Fragen dahingehend, wie die ARK nicht nur aufgrund der wirtschaftlichen und politischen Entwicklungen, sondern infolge des Aufstiegs des IS auch im militärischen Bereich ein wichtiger Partner des Westens wurde, werden in diesem Sammelband behandelt (ebd., xxii). Die Kurdenfrage im irakischen Kontext fokussiert Kapitel V des Bandes, dessen Autoren sich im Übrigen seit Jahren mit dieser Problematik beschäftigen. Dabei werden allerdings die kurdisch-irakischen Beziehungen und die ARK nicht im gleichen Kontext diskutiert, was dazu führt, dass keine Aussagen über die Motive der kurdischen Elite für ihr Handeln in der ARK und im neuen Irak ab 2003 gemacht werden können.

Phillips (2017) berichtet in seinem Buch «The Kurdish Spring. A New Map of the Middle East» über die Geschichte der Kurden im Irak, in Syrien, in der Türkei und in Iran. Dabei gibt er einen anschaulichen Überblick über die historischen Entwicklungen der Kurdenfrage in den einzelnen Ländern. Im Jahr 2015 lancierte und betreute Phillips als Direktor des «Programms für Friedenskonsolidierung und Menschenrechte am Institut für Menschenrechtsstudien der Columbia-Universität» eine Arbeitsgruppe, die sich mit den Staatsbildungsbemühungen der Kurden in der ARK befasste und einen Bericht darüber herausgab. Die Gruppe resümiert darin, dass der Irak ein gescheiterter Staat sei, weswegen insbesondere die USA die kurdischen Staatsbildungsbestrebungen unterstützen sollten (Soderberg & Phillips 2015, 41). Zu diesem Fazit sind die Autoren jedoch gekommen, ohne die kurdische Selbstverwaltung, die Parteipolitik der DPK und der PUK sowie den irakischen Neubeginn analysiert zu haben.

Richter (2016) widmet sich als Herausgeber des Sammelbandes «Identität, Ethnizität und Nationalismus in Kurdistan» verschiedenen Aspekten der Kurdenfrage. Dabei werden zwar die Energiepolitik und die PUK in der ARK näher betrachtet, es wird jedoch nicht auf die vielschichtige Selbstverwaltung und mögliche Nationenbildungsbemühungen in der ARK eingegangen. Auch wird der Kurdenfrage im Kontext der irakischen Neuordnung nach 2003 keine Aufmerksamkeit geschenkt. Romano und Gurses (2014) wiederum bieten als Herausgeber des Sammelbandes «Conflict, Democratization, and the Kurds in the Middle East. Turkey, Iran, Iraq, and Syria» einen Überblick über das Verhältnis der Kurden zum Autoritarismus und zur Demokratisierung sowie über die Demokratie in den geteilten Gesellschaften. Für die Kurden im Irak wird geschildert, wie der arabische Nationalismus eine autoritäre Herrschaft aufgebaut und dadurch die Kurden marginalisiert und unterdrückt hat (ebd., 1–2). Des Weiteren zeigt der Band für die ARK, dass mehr Autonomie oder Staatlichkeit nicht unbedingt mit mehr Freiheit und Demokratisierung einhergeht. Im Bereich der Demokratie in den fragmentierten Ländern wird der Stand der Literatur dargelegt, ohne dabei auf den Irak oder die Kurdenfrage einzugehen (ebd.).

Aziz (2014) untersucht den Nationalismus und die Identität in der ARK anhand einer qualitativen und quantitativen Befragung von über 400 Studierenden an den Universitäten in Erbil, Sulaimaniya und Dohuk (Aziz 2014, xxx). Dabei zeigt sich, dass nationale, territoriale, politische und linguistische Faktoren einen Einfluss auf die Bildung einer nationalen Identität haben (ebd.). Zudem scheint es insbesondere in jener kurdischen Generation, deren Mitglieder seit 1991 auf die Welt gekommen sind, kaum

Loyalität zum irakischen Staat zu geben. Dieser Umstand kommt daher, dass die jungen Studierenden unter anderem inmitten der kurdischen Kultur und Sprache aufwuchsen und die arabische Sprache nicht beherrschten (ebd., 6). Im Allgemeinen gibt die Studie einen nützlichen Überblick über die soziologischen Aspekte der Entwicklungen in der ARK von 1991 bis 2008.

Unter dem Titel «The Miracle of the Kurds» erzählt Mansfield (2014) die Geschichte der Kurden im Irak bis zum Aufstieg des IS im Jahr 2014. Sein Buch ist eine informative historische Analyse der kurdischen Geschichte im Irak. Ahmed (2012) widmet sich in einem Buch «Iraqi Kurds and Nation-Building» der ARK und der diesbezüglichen Nationenbildung. Das Buch beginnt mit dem Aufstieg der ARK und endet mit den möglichen zukünftigen Perspektiven für diese. Die Studie bietet zwar eine hilfreiche Übersicht über die politischen, wirtschaftlichen und diplomatischen Entwicklungen in der ARK, geht aber kaum auf die Ansätze der Nationenbildung ein. So gesehen passt der Titel nicht zum Inhalt des Buches.

Was den irakischen Neubeginn, die Konsensdemokratie und die Nationenbildung im Irak anbelangt, so wurden diese Fragen mehrheitlich im ersten Jahrzehnt des 21. Jahrhunderts in der Forschung aufgegriffen. Viele der wissenschaftlichen Studien über den Nationenbildungsprozess im Irak konstatieren, dass er gescheitert sei (Dobbins 2006, 2007; Dobbins et al. 2003, 2007, 2008, 2009; Hippler 2007a, 2007c, 2011b, 2011a, 2012, 2004d, 2006, 2007b). Andere bezeichnen den Irak als Beispiel für eine schlechte Aussenpolitik der USA (Becker 2008; Becker & Wulf 2008; Hippler 2008). Einige sehen die irakische Verfassung als einen guten Lösungsansatz für den Irak (O'Leary 2010; Visser 2007). Von anderen wiederum wird der Irak als eine nicht funktionierende Demokratie beurteilt (Al-Ali 2014; Ghanim 2011). Die Idee des Sektarianismus diskutieren weitere Wissenschaftler und wollen aufzeigen, dass mit diesem Konzept die irakische Komplexität nicht zu erklären sei (Dawisha 2010; Haddad 2017; Visser 2007). Wörmer (2018, 651) sieht neben dem Fortbestehen der strukturellen Defizite des irakischen Staates auch die limitierte Teilhabe der sunnitischen Araber am politischen Prozess in Bagdad als ein grosses Problem des Irak an. Dies gilt auch für die Isolierung der ARK nach dem Unabhängigkeitsreferendum vom 25. September 2017 (ebd.).

Als amerikanischer Albtraum im Nahen Osten werden der Irakkrieg von 2003 und seine Konsequenzen für die USA seitens deutschsprachiger und englischsprachiger Autoren bezeichnet (Bierling 2010; Lebovic 2019). Den Irak von seiner Gründung bis zum Aufstieg des IS untersucht Fürtig

(2016) und zeigt auf, wie das Land sich aus seiner Sicht «zu einem ethnisch und konfessionell geprägten Flickenteppich» entwickelte (ebd., 10). In «The Modern History of Iraq» (2017) diskutieren Marr und al-Marashi, ähnlich wie Stansfield (2016) sowie Anderson und Stansfield (2014), die Geschichte des Irak. Dabei konstatieren sie für die Zeit nach 2003, dass im Irak neue, demokratischere Formen der Regierungsführung eingeführt worden seien und das Land sich gegenüber der Aussenwelt geöffnet habe. Diese Tatsachen versprächen eine bessere Zukunft für den Irak (Marr & Al-Marashi 2017, 341). Vier Herausforderungen müsse der Irak allerdings laut den Autoren überwinden, damit der irakische Neubeginn gelingen könne: die Festigung des nationalen Zusammenhaltes, die Entwicklung der wirtschaftlichen Ressourcen und die Reparatur des zerrissenen sozialen Gefüges, bessere Regierungsführung sowie ein geschickter Umgang mit ausländischer Kontrolle und ausländischem Einfluss (ebd., 341 ff.).

Ala'Aldeen (2013, 2018) wiederum ist einer der wenigen Autoren, die den Nationen- und Staatsbildungsprozess in der ARK untersucht haben. Dabei stellt er fest, dass dieser kaum stattgefunden habe, und macht Vorschläge für diesbezügliche Entwicklungsmöglichkeiten. Seine Bücher schreibt Ala'Aldeen allerdings auf Kurdisch, was seine internationale Rezeption einschränkt. Im Jahr 2020 plädiert er in einem Artikel für mehr Dezentralisierung im Irak. Der Wiederaufbau des Irak im Sinne seiner demokratischen Verfassung, die im Kern die Dezentralisierung adaptiert hat, werde ein entscheidender Schritt in Richtung Stabilisierung, Wiederaufbau und sozioökonomischer Erholung des Landes sein, so Ala'Aldeen (2020, 5). Baher al-Ulloum (2020) diskutiert in seinem Buch mit den ehemaligen Premierministern des Irak und Dutzenden Politikern, Medienschaffenden und Parlamentariern über die Souveränitätskrise des Landes, um ein Bild von der nationalen Souveränität des Irak zwischen 2004 und 2020 aus Sicht der Interviewten darzustellen.

Bei der Betrachtung der oben erwähnten Werke fällt auf, dass es eine grosse Anzahl an Sammelbänden und kaum Monografien gibt. Das scheint darauf hinzudeuten, dass Synthesen aufgrund der Aufnahme verschiedenster Themen in Bezug auf die Entwicklung der Kurdenfrage sowohl im Irak und in der Türkei als auch in Iran und Syrien schwierig zu schreiben sind, weshalb die Tendenz zu Sammelbänden besteht. Das lässt wiederum nur eine Diskussion der individuellen Literaturbeiträge, Titel nach Titel, und keine Klassifikation der grundlegenden Interpretationsschulen zu. Entsprechend ist es umso wichtiger, im Rahmen eines Forschungsprojektes die einzelnen Aspekte der Kurdenfrage in einem der vier Länder, in denen die

kurdischen Gruppierungen leben, näher zu betrachten. Das ist neben der bisherigen Nichtberücksichtigung der Nationenbildungsbemühungen der Kurden in der ARK ein weiterer Grund, weshalb die vorliegende Arbeit sich mit der Kurdenfrage im Irak beschäftigt. Die Behandlung der kurdischen Frage sowohl im Irak als auch in der ARK ist des Weiteren deshalb notwendig, weil eine isolierte Betrachtung der Kurdenfrage nur im Irak oder in der ARK dazu führen würde, die Motive der kurdischen Elite für ihr Handeln nicht zu verstehen. So versucht die vorliegende Forschungsarbeit jene Lücken zu füllen, die von der Forschung bis anhin nicht geschlossen werden konnten. Für die Untersuchung der Kurdenfrage im Irak und in der ARK erscheinen dabei die Konzepte der Konsensdemokratie und der Nationenbildung besonders geeignet, wie im Folgenden näher beschrieben wird.